

Presse- und Meinungsvielfalt stärken!

Presse- und Meinungsvielfalt unter Druck

Der Journalismus in Deutschland steht im Zuge des Wandels der Medienlandschaft vor großen Herausforderungen. Insbesondere bei der lokalen und regionalen Berichterstattung ist die Meinungsvielfalt bedroht.

Die Finanzierung zum Beispiel von aufwändigen journalistischen Recherchen wird immer schwieriger. Nicht zuletzt mit Blick auf die sich wandelnde Medienlandschaft müssen daher Finanzierungswege jenseits der üblichen Geschäftsmodelle ermöglicht werden, um Vielfalt und Qualität in den Medien zu sichern.

Denn die journalistische Vielfalt als eine Säule der Meinungs- und Pressefreiheit ist ein hohes Gut, das nicht umsonst durch das Grundgesetz geschützt ist. Die Politik hat daher den Auftrag, die Vielfalt von Presse und Medien zu sichern. Gleichzeitig muss aber auch die Staatsferne der Berichterstattung gewährleistet sein. Eine direkte staatliche Finanzierung von Journalismus oder den Versuch der Einflussnahme - wie es SPD und Grüne mit ihrer "Journalismus-Stiftung" versuchen - darf es nicht geben.



Foto: Verena N. / pixelio.de

Gemeinnützigkeit von Journalismus anerkennen

Zur Stärkung der Presse- und Meinungsvielfalt müssen innovative Finanzierungswege auf privater Ebene gefunden und unterstützt werden. Es müssen zusätzliche Anreize geschaffen werden, privates Engagement zur Förderung journalistischer Arbeit zu aktivieren.

Die FDP-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat deshalb vorgeschlagen, die Anerkennung von Journalismus als gemeinnützige Tätigkeit zu ermöglichen. Die verbreitete Definition einer solchen Tätigkeit ist, dass sie ohne Gewinnerzielungsabsicht darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit zu fördern.

Amateurfunk, Modellflug oder Pflanzenzucht sind mit guten Gründen explizit als anerkennungswürdige gemeinnützige Tätigkeiten im Steuerrecht verankert, der Journalismus jedoch nicht. Das ist schwer zu verstehen, denn eine freie und vielfältige Presse "ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates", wie das Bundesverfassungsgericht im sog. Spiegel-Urteil im Jahr 1966 zu Recht festgestellt.

Die FDP-Fraktion hat daher einen Vorschlag zur Änderung der Abgabenordnung in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht. Wir wollen die Presse- und Medienvielfalt durch die Anerkennung von Journalismus als gemeinnützige Tätigkeit stärken. Die Rahmenbedingungen für den lokalen, regionalen und überregionalen unabhängigen Qualitätsjournalismus könnten so verbessert werden. Auch eine Anhörung von Sachverständigen im Medien- und Kulturausschuss des Landtages hat bestätigt, dass die Initiative der FDP zur Stärkung der Presse und der Meinungsvielfalt beitragen kann.

- [FDP-Antrag: Beitrag zu Vielfalt und Qualität im Journalismus leisten - Gemeinnützigkeit von Journalismus anerkennen](#)
- [Thomas Nüchel: Experten sprechen sich für Anerkennung von Journalismus als gemeinnützige Tätigkeit aus](#)
- [Stellungnahmen von Sachverständigen zum FDP-Antrag](#)
- [Rede von Thomas Nüchel im Plenum des Landtages bei der Debatte des FDP-Antrages am 2. Juli 2014](#)

Pressemeldungen und Kommentare

"Zur Unterstützung der Qualitätsmedien hat FDP-Chef Christian Lindner vorgeschlagen, journalistische Arbeit als gemeinnützig anzuerkennen"

- [Die Welt, 27. Oktober 2014](#)

"Anders als in den USA werden bislang nur journalistische Aus- und Weiterbildung als gemeinnützig anerkannt, nicht aber Recherche und Investigation."

- [NDR, 10. Juli 2014](#)

"In Deutschland [...] ist Schach, Modellflug und Tierschutz als gemeinnützig anerkannt; als wichtiger Beitrag zur Gesellschaft. Journalismus nicht."

- [Ruhrbarone, 25. Juni 2014](#)

"Den Journalismus sucht man in dieser Abgabenordnung bekanntlich vergeblich. Und das kann nicht so bleiben"

- [Keynote von Prof. Dr. Volker Lilienthal bei der Fachtagung "Nonprofit-Journalismus" des Netzwerks Recherche am 6. November 2014](#)

Abgabenordnung muss dringend überarbeitet werden

"Journalismus ist im Interesse der Bürger - er sollte gemeinnützig sein. Ein einziger Satz im §52 der Abgabenordnung würde reichen, um journalistische Innovationen anzuschieben. Und um festen wie freien Journalisten eine neue Finanzierungs-Alternative zu geben."

"Was besonders wichtig ist: Ein solcher Satz im §52 der Abgabenordnung schadet niemanden - er eröffnet aber zahlreiche Möglichkeiten für alle, die es probieren wollen."

- [Quelle: D. Drepper bei Freischreiber](#)